

Unselbständiger Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen in Form einer jährlichen Klimaschutzmilliarde

eingebraucht im Rahmen der Debatte über die Erklärung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus gem. § 19 Abs. 2 GOG-NR zum Thema „Der nationale Energie- und Klimaplan (NEKP)“

Aufgrund der aktuellen Datenlage ist die Erreichung der Klimaziele 2020 nach Einschätzung der ExpertInnen des Umweltbundesamtes nicht gesichert. Für zukunftsfähige Lösungen sind jedenfalls rasch Investitionen in langlebige Infrastrukturen und Technologien gefragt, die einen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger ermöglichen. Weitreichende Maßnahmen sind auch für die Erreichung der Energie- und Klimaziele 2030 unerlässlich. Österreich ist hier zu einer Emissionsreduktion von minus 36 % gegenüber 2005 für Emissionsquellen außerhalb des Emissionshandels verpflichtet. Der Entwurf für den Nationalen Energie- und Klimaplan, der im Rahmen der EU-Energieunion verpflichtend ist, stellt die Erreichung dieses Ziels nicht sicher. Selbst wenn die minus 36 % erreicht werden würden, ist nicht sichergestellt, dass das einen ausreichenden Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise darstellt. Um aber in diesen Bereichen jedenfalls besser und schneller als bisher voranzukommen, und um Strafzahlungen in Höhe von mind. 6,6 Milliarden Euro, wenn Österreich die CO₂-Einsparungsziele verfehlt, zu vermeiden, soll mit einer jährlichen zusätzlichen Klimaschutzmilliarde gegengelenkt werden. Mit der jährlichen Klimaschutzmilliarde werden Investitionen in den Klimaschutz unterstützt: die Mittel sollen u.a. in die Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs (österreichweites Klimaticket, attraktive Verbindungen und Ausbau des Nahverkehrs in den Gemeinden), Thermische Sanierung, Energieforschung und zusätzliche Photovoltaikanlagen fließen.

Somit werden rasch wirksame Maßnahme gegen die Klimakrise finanziert und gleichzeitig sichergestellt, dass Menschen mit geringem Einkommen geholfen wird (durch Senkung der Energiekosten nach einer Thermischen Sanierung und durch Senkung der Mobilitätskosten durch das österreichweite Klimaticket) und durch Investitionen der sich abschwächenden Konjunktur entgegengewirkt wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die zusätzliche Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen in der Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr – mit u.a. den Schwerpunkten Öffentlicher Verkehr, Thermische Sanierung und Energieforschung - sicherstellt.“

John W.
Andreas
19/10/17
Andreas L. Ammer

